

Zusammenfassung

Die Untersuchung zeigt, dass eine Mehrheit der Bundesbürger grundsätzlich gerne mehr Einfluss auf die Entscheidungen in ihrer Gemeinde nehmen würde. Deutliche Unterschiede ergeben sich allerdings beim Wunsch nach mehr Beteiligung im Hinblick auf die Gemeindegröße: Während in kleineren Gemeinden immerhin 30 Prozent der Meinung sind, dass sie bereits heute genügend Einfluss auf die Entscheidungen in ihrer Gemeinde haben, sind dies in den Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnern nur 19 Prozent.

Mehr Einfluss gewünscht wird vor allem und von einer großen Mehrheit bei der Verkehrsplanung und bei Bauprojekten, während andere Bereiche wie Umweltschutz, Finanzhaushalt oder die Unterbringung von Flüchtlingen von weniger als der Hälfte genannt werden.

Wenn sie auf Entscheidungen in ihrer Stadt oder Gemeinde Einfluss nehmen wollten oder mit etwas unzufrieden sind, würden die Befragten sich vor allem direkt an ihre Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung bzw. den zuständigen Gemeindevertreter wenden oder an Bürgerversammlungen bzw. Anhörungen teilnehmen. Auch hier fällt auf, dass insbesondere die Bewohner in kleineren Gemeinden diese Mittel der Einflussnahme nutzen würden, während unter den Bewohnern in Großstädten weniger als die Hälfte diese Formen der Einflussnahme wählen würde. Dies steht im Einklang mit den Befunden anderer Untersuchungen, die gezeigt haben, dass das Vertrauen in die eigene Gemeinde- bzw. Stadtverwaltung und die gewählten Vertreter gerade in kleineren Gemeinden noch deutlich stärker ausgeprägt ist als in größeren Städten und Gemeinden (die mitunter erst durch Gebietsreformen entstanden sind).

Auch wenn die Mehrheit der Bundesbürger grundsätzlich eine stärkere Einflussnahme wünscht, hat sich bisher nur eine Minderheit schon einmal an einer Entscheidung oder einem Vorhaben in ihrer Stadt bzw. Gemeinde beteiligt. Als mit Abstand häufigster Grund, sich nicht direkt zu beteiligen, wird von den Befragten der fehlende Anlass genannt – auch hier vor allem von Bewohnern in kleineren Gemeinden. An zweiter Stelle steht der Eindruck, keinen Einfluss ausüben zu können – was wiederum vor allem von Bewohnern in Großstädten, deutlich weniger hingegen von den Bewohnern kleinerer Gemeinden angeführt wird.

Wie bei früheren Untersuchungen zu dieser Thematik zeigt sich zudem, dass bürgerschaftliche Beteiligung in starkem Maße auch vom formalen Bildungsgrad abhängt (von den Befragten mit höherem formalen Bildungsgrad haben sich 53 Prozent schon einmal an einer Entscheidung oder einem Vorhaben in ihrer Gemeinde beteiligt, von den Befragten mit Hauptschulabschluss jedoch nur 38 Prozent). Eine Ausweitung etwa von direktdemokratischen Elementen birgt somit neben anderen

Problemen auch die Gefahr, dass bestimmte soziale Schichten von Entscheidungsprozessen ausgeschlossen werden, da sie aufgrund ihres persönlichen Hintergrunds weniger gut in der Lage sind, sich in bestimmten Beteiligungsformen adäquat Gehör zu verschaffen.

Eine überwiegende Mehrheit der Bundesbürger sieht einen deutlich stärkeren Beratungsbedarf der Kommunalpolitik durch Wissenschaft und Forschung bei Entscheidungen über die zukünftige Stadtentwicklung, wobei sich im Hinblick auf die Themen, um die sich die Wissenschaft bevorzugt kümmern sollte, bei den Befragten keine klaren Schwerpunkte herauskristallisieren. Stärkere Nachbarschaftshilfe, Energiefragen, Ausbau des ÖPNV und ein verbessertes Zusammenleben werden von den Befragten annähernd ähnlich stark favorisiert.